

AUGE/UG	<i>Einführung einer bundesweiten Grundsicherung</i>
Antrag 5	
Zuweisung	Ausschuss für Sozialpolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik

Die dem Antrag zugrunde liegenden Ziele (Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung, besseres Schutzniveau in der ALV, Ausbau der Kinderbetreuung, etc) werden vom Ausschuss einhellig unterstützt.

Zu einzelnen konkreten Forderungen, wie z.B. der Forderung nach Sockelung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe gibt es unterschiedliche Meinungen. Als Alternative zur Sockelung der Versicherungsleistungen wird von der Mehrheit der Ausschussmitglieder präferiert, dass bei Bedürftigkeit eine mindestsichernde Leistung ergänzend zum ALG bzw zur NH gebühren soll. Übereinstimmung besteht, dass auch unmittelbare Verbesserungen im Arbeitslosenversicherungsrecht, wie zB die Erhöhung der Nettoersatzrate oder die im Regierungsprogramm in Aussicht gestellten Verbesserungen bei der Notstandshilfe erforderlich sind.

Vereinbart wird, dass das Thema bedarfsorientierte Grund-/Mindestsicherung in der nächsten Ausschuss-Sitzung als eigener Tagesordnungspunkt näher diskutiert werden soll. Falls möglich sollte dazu auch ein Bericht über den aktuellen Stand der Gespräche im Ministerium zur Umsetzung der diesbezüglichen Festlegungen im Regierungsprogramms gegeben werden.

Zur Forderung nach einem Mindestlohn ist ein eigener Antrag (AUGE/UG Antrag 7) zu behandeln.